

Huppertz, Paul-Helmut; Wartenberg, Uwe

Article — Digitized Version

Wirkt die Umsatzsteuer verteilungsneutral?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Huppertz, Paul-Helmut; Wartenberg, Uwe (1978) : Wirkt die Umsatzsteuer verteilungsneutral?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 58, Iss. 8, pp. 395-399

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135220>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wirkt die Umsatzsteuer verteilungsneutral?

Paul-Helmut Huppertz, Uwe Wartenberg, Köln

Zur teilweisen Finanzierung des wachstumspolitischen Programms ist eine Erhöhung der Mehrwertsteuer geplant. Gerechtfertigt wird eine solche Anhebung auch mit der These von einer verteilungsneutralen Belastung der privaten Haushalte durch die Umsatzsteuer. In einer empirischen Inzidenzanalyse zeigen die Autoren jedoch, daß die „klassische“ Auffassung einer unsozialen Verteilungswirkung der Umsatzsteuer nichts von ihrer Richtigkeit eingebüßt hat.

In der Beurteilung der Verteilungswirkungen, die von der Umsatzbesteuerung ausgehen, hat in der Bundesrepublik ein bemerkenswerter Wandel eingesetzt. Herrschte noch vor wenigen Jahren die Auffassung vor, die Umsatzsteuer belaste die Haushalte mit niedrigem Einkommen relativ stärker als die Angehörigen höherer Einkommensklassen (regressive Wirkung)¹⁾, so gewinnt heute die These eines von der Einkommenshöhe unabhängigen, gleichmäßigen Belastungsverlaufs (verteilungsneutrale Wirkung) immer mehr an Gewicht²⁾. Wie sehr die „klassische“ Regressivitätsthese an Boden verloren hat, zeigt schon die Tatsache, daß die im vergangenen Jahr beschlossene Anhebung der Mehrwertsteuersätze in amtlichen Publikationen – ohne jeden zweifelnden Unterton und in der Öffentlichkeit bislang unwidersprochen – als

„weitgehend verteilungsneutral“ eingeschätzt wird, „da sie das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in etwa proportional“ belaste; die These von einem gleichmäßigen Belastungsverlauf der Umsatzsteuer dient also bereits der verteilungspolitischen Legitimation steuerstruktureller Eingriffe³⁾.

Bisherige Untersuchungen

Auf welchen Befunden empirischer Inzidenzanalysen dieser gravierende und in seinen steuerpolitischen Auswirkungen kaum absehbare Einstellungswandel basiert, bleibt unklar. Möglicherweise ist die öffentliche Meinung von den Ergebnissen der Untersuchungen beeinflusst worden, die das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) seit 1969 publiziert hat⁴⁾. So folgern in der jüngsten DIW-Veröffentlichung K.-D. Bedau und G. Göseke aus einer auf das Jahr 1974 bezogenen Inzidenzrechnung, die Mehrwertsteuererhöhung treffe „die privaten Haushalte aller Einkommenschichten relativ gleichmäßig“⁵⁾. Eine derartige Behauptung erscheint uns freilich äußerst fragwürdig, da das vorgelegte Datenmaterial allenfalls einen Schluß über die indirekten Steuern *in ihrer Gesamtheit* (also einschließlich aller speziellen Verbrauch- und Aufwandsteuern) zuläßt; eine spezifische Inzidenzaussage über die Umsatzsteuer ist aus den veröffentlichten empirischen Befunden nicht ableitbar.

¹⁾ Vgl. z. B. G. Z e i t e l : Die Steuerlastverteilung in der Bundesrepublik Deutschland, Tübingen 1969, S. 125; W. H a k e : Umverteilungseffekte des Budgets, Göttingen 1972, S. 177. Die Ablösung der ursprünglichen Bruttoallphasenumsatzsteuer durch die Mehrwertsteuer als Nettoallphasenumsatzsteuer zum 1. 1. 1968 war für diesen Beurteilungswandel ohne Bedeutung.

²⁾ Siehe u. a. H. Z i m m e r m a n n , K.-D. H e n k e : Finanzwissenschaft, 2. Aufl., München 1978, S. 183.

³⁾ Finanzbericht 1978, hrsg. v. Bundesministerium der Finanzen, Bonn, S. 41. Entsprechend wurde in einer vom Bundespressesamt verbreiteten und von den meisten Tageszeitungen veröffentlichten Beispielsrechnung zu den Steuerrechtsänderungen von 1977 aus der Anhebung der Mehrwertsteuersätze eine für alle Einkommensklassen gleiche Mehrbelastung von 0,55% des Bruttoverdienstes unterstellt. (Aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik, hrsg. v. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Nr. 83/1977, S. 2.).

⁴⁾ G. G ö s e k e , D. Z a v l a r i s : Die Belastung des privaten Verbrauchs durch indirekte Steuern, in: DIW-Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 1/1969; K.-D. B e d a u , G. G ö s e k e : Wirken indirekte Steuern regressiv?, in: DIW-Wochenbericht Nr. 21/1972.

⁵⁾ K.-D. B e d a u , G. G ö s e k e : Die Belastung der privaten Haushalte mit indirekten Steuern, in: DIW-Wochenbericht Nr. 44/1977, S. 384.

Dr. Paul-Helmut Huppertz, 32, Dipl.-Volkswirt, und Uwe Wartenberg, 29, Dipl.-Kaufmann, sind wissenschaftliche Assistenten am Seminar für Finanzwissenschaft der Universität Köln.

Die tatsächliche Belastung der privaten Haushalte aus der Umsatzbesteuerung wird im wesentlichen von Ausmaß und Richtung der Steuerüberwälzung sowie der jeweiligen Verwendungsstruktur des Haushaltseinkommens bestimmt:

□ So hängt die Inzidenz der Umsatzsteuer zunächst einmal davon ab, ob bzw. inwieweit die Steuerzahler die Steuerlast an Dritte weitergeben können und ob die Überwälzungsversuche eher auf Arbeitskräfte bzw. Vorlieferanten (sog. Rückwälzung) oder, wie gesetzlich beabsichtigt und von der Erhebungstechnik begünstigt, auf den Abnehmer gerichtet sind (sog. Vorwälzung).

□ Im Falle der Vorwälzung auf den Endverbraucher beeinflusst die jeweilige Haushaltskonsumstruktur die Lastverteilung, weil das geltende Umsatzsteuerrecht bei bestimmten Waren und Dienstleistungen anstelle des vollen nur einen ermäßigten Steuersatz anwendet⁶⁾ oder von einer Besteuerung überhaupt absieht⁷⁾. Auch der Anteil des Gesamtkonsums an der Verwendung des Haushaltseinkommens ist insofern von Bedeutung, als die auf das Haushaltseinkommen bezogene Steuerlast um so höher ist, je mehr Einkommensteile zum Kauf von Gütern anstelle zur Bildung umsatzsteuerbefreiten Sparvermögens aufgewendet werden.

Die von uns vorgenommene Lastverteilungsrechnung geht in Ermangelung einer empirisch gestützten und hinreichend quantifizierbaren Alternative wie die meisten bisherigen Inzidenzanalysen von der Hypothese einer vollständigen Vorwälzung der Umsatzsteuer auf den Endverbraucher aus⁸⁾. Das erforderliche Datenmaterial zu Konsumquote und Verbrauchsgewohnheiten der privaten Haushalte ist der jüngsten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes (EVS) für das Jahr 1973 entnommen⁹⁾. Aufgrund der in der EVS vorgenommenen Einteilung werden getrennte Inzidenzanalysen für private Haushalte je nach Einkommenshöhe, sozialer Stellung¹⁰⁾ des Haushaltsvorstands und Haushaltstyp durchgeführt.

⁴⁾ § 12 Abs. 2 Umsatzsteuergesetz (UStG).

⁷⁾ § 4 UStG.

⁸⁾ Vgl. K. W. Roskamp: The Distribution of Tax Burden in a Rapidly Growing Economy: West Germany in 1950, in: National Tax Journal, Bd. 16 (1963), S. 20 ff., sowie die o. a. Inzidenzrechnungen des DIW. Auch die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung operiert mit dieser Hypothese.

⁹⁾ Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Wirtschaftsrechnungen, Fachserie 15, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1973, Heft 4 und 5, Stuttgart und Mainz 1977; Fachserie M, Preise-Löhne-Wirtschaftsrechnungen, Reihe 18, Einkommens- und Verbrauchsstichproben, Nr. 3, 1973, Stuttgart und Mainz 1976. Dabei wird unterstellt, daß die dort ausgewiesene Struktur der Einkommensverwendung im wesentlichen auch heute noch Bestand hat.

¹⁰⁾ Mit diesem unpräzisen Begriff belegt das Statistische Bundesamt die Aufgliederung der Bevölkerung in Selbständige, Landwirte, Beamte, Angestellte, Arbeiter und Nichterwerbstätige.

¹¹⁾ Bruttoeinkommen abzüglich direkte Steuern und Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung.

¹²⁾ Nettoeinkommen zuzüglich Einnahmen aus dem Verkauf gebrauchter Waren und einmalige Vermögensübertragungen von 1000 DM und mehr.

Bei der Ermittlung der relativen Lastverteilung wird – im Gegensatz zum DIW, das nur mit dem verfügbaren Nettoeinkommen operiert – von der Festlegung auf *einen* Einkommensbegriff als Bezugsgröße abgesehen, weil ansonsten leicht der Vorwurf erhoben werden könnte, das Untersuchungsergebnis sei durch die Wahl der „günstigsten“ Bezugsgröße vorgeprägt. Statt dessen sollen alle drei in der EVS verwandten Einkommenskonzepte, nämlich das Brutto-, das Netto-¹¹⁾ und das ausgabefähige Einkommen¹²⁾ herangezogen werden.

Einkommenshöhe und Steuerlast

Aus dem Datenmaterial der EVS geht hervor, daß die einzelnen Strukturelemente der Einkommensverwendung je nach Höhe des Haushaltseinkommens unterschiedliche, z. T. sogar gegenläufige Inzidenzeffekte mit sich bringen (siehe Tab. 1, Spalten 1–4). Während die Haushaltskonsumquote mit zunehmendem Einkommen sinkt, nimmt gleichzeitig der Anteil der Ausgaben für voll umsatzsteuerpflichtige Güter zu. Die spezifischen Quoten für steuerermäßigte und steuerbefreite Güter verlaufen allerdings nicht vollkommen parallel: Die relativen Ausgaben für umsatzsteuerermäßigte Güter gehen von 28,9% (unter 600 DM) auf 14,8% (5000–15000 DM) durchgängig zurück; demgegenüber ist der Rückgang der An-

Tabelle 1
Umsatzsteuerbelastung und Einkommenshöhe

Einkommenshöhe ¹⁾	Struktur der Einkommensverwendung				Relative Umsatzsteuerbelastung ⁴⁾		
	Konsumquote ²⁾	Verbrauchsanteile			des Bruttoeinkommens ³⁾	des Nettoeinkommens ³⁾	des ausgabefähigen Einkommens ³⁾
		voll steuerpflichtiger Güter ³⁾	steuerermäßigter Güter ³⁾	steuerbefreiter Güter ³⁾			
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	
unter 600	94,7	47,1	28,9	24,0	6,8	6,9	6,5
600– 800	90,0	50,5	26,7	22,9	6,5	6,6	6,2
800– 1000	87,1	52,6	25,2	22,2	6,2	6,6	6,2
1000– 1200	85,1	54,8	24,9	20,4	6,0	6,7	6,2
1200– 1500	83,1	56,8	24,3	18,9	5,6	6,7	6,2
1500– 1800	81,8	59,0	22,7	18,2	5,5	6,8	6,2
1800– 2500	78,3	61,2	20,9	18,1	5,3	6,5	6,1
2500– 5000	71,2	62,6	18,6	18,8	4,7	5,9	5,5
5000–15000	49,7	64,6	14,8	20,5	3,0	4,0	3,9

¹⁾ Monatliches Nettoeinkommen von ... bis unter ...

²⁾ Gesamte Verbrauchsausgaben in % des ausgabefähigen Einkommens.

³⁾ In % des Gesamtverbrauchs.

⁴⁾ In % auf der Basis der seit 1. 1. 1978 geltenden Steuersätze von 12 bzw. 6 %.

⁵⁾ Bruttoeinkommen abzüglich direkte Steuern und Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung.

⁶⁾ Nettoeinkommen zuzüglich Einnahmen aus Verkäufen gebrauchter Waren und einmalige Vermögensübertragungen von 1000 DM und mehr.

Quelle: Eigene Berechnungen nach: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Wirtschaftsrechnungen, Fachserie 15, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1973, Heft 4 und 5, Stuttgart und Mainz 1977; Fachserie M, Preise-Löhne-Wirtschaftsrechnungen, Reihe 18, Einkommens- und Verbrauchsstichproben, Nr. 3, 1973, Stuttgart und Mainz 1976; §§ 4 und 12 UStG i. d. F. v. Juli 1977. Differenzen durch Rundungen.

teile für umsatzsteuerbefreite Güter mit zunehmendem Einkommen insgesamt geringer und steigt in den beiden oberen Einkommensklassen sogar wieder an. Der Grund für diese Besonderheit dürfte darin liegen, daß es sich bei den umsatzsteuerermäßigten Gütern fast ausschließlich um Grundnahrungsmittel handelt, deren Konsumanteil in einkommensschwachen Haushalten überproportional hoch ist, während unter die völlige Umsatzsteuerbefreiung auch Waren und Dienstleistungen des gehobenen Bedarfs fallen¹³⁾.

Fügt man die einzelnen Belastungselemente je Einkommensklasse zu einem Gesamlasteffekt zusammen, so wird deutlich, daß die Abkehr von der „klassischen“ Regressivitätsthese der Umsatzbesteuerung empirisch *nicht* gestützt werden kann (siehe Tab. 1, Spalten 5–7). Die gegenläufige Entwicklung bei Konsumquote und Anteil der voll umsatzsteuerpflichtigen Güter am Gesamtverbrauch bewirkt nur zwischen 600 DM und 1800 DM eine in etwa gleichmäßige Belastung des Netto- und des ausgabefähigen Einkommens; zwischen den bei-

¹³⁾ So z. B. Aufwendungen für Wohnungsmieten u. ä., Dienstleistungen für Gesundheitspflege, Nachrichtenübermittlung und Bildungsgüter.

den unteren Einkommensklassen sowie oberhalb einer Einkommenshöhe von 1800 DM nimmt die relative Steuerlast mit steigendem Einkommen signifikant ab. Die einkommenshöhen-spezifische Belastung zeigt für die Bezugsgröße Bruttoeinkommen sogar einen durchgängig regressiven Verlauf an¹⁴⁾.

Die wichtigste Determinante der relativ geringen Umsatzsteuerbelastung in den höheren Einkommensklassen ist eine oberhalb eines Nettoverdienstes von 1800 DM beträchtlich absinkende Konsumquote, die den steigenden Anteil der Ausgaben für voll umsatzsteuerpflichtige Güter dort bei weitem überkompensiert, während sich – mit Ausnahme der niedrigsten Einkommensklasse – in den unteren bis mittleren Einkommenshöhen die gegenläufigen Entwicklungen in etwa die Waage halten. Verstärkend kommt hinzu, daß in den beiden höchsten Einkommensklassen zwar der Konsumanteil der umsatzsteuerermäßigten Güter wei-

¹⁴⁾ Der regressiv Gesamteffekt dürfte sich noch verstärken, wenn man bei den sog. umsatzsteuerbefreiten Gütern das kaum quantifizierbare Ausmaß an Überwälzung der Steuerbeträge berücksichtigt, die auf den in das steuerbefreite Konsumgut eingehenden Vorprodukten lasten. (Nach § 15 Abs. 2 Nr. 2 UStG sind Steuern für Leistungen, die zur Ausführung steuerfreier Umsätze in Anspruch genommen werden, vom Vorsteuerabzug ausgeschlossen.)

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

NEUERSCHEINUNG

Eckhardt Wohlers

DIE UNTERNEHMENSGEWINNE IM KONJUNKTURVERLAUF

Methodische Probleme und Analyse der empirischen Zusammenhänge

Die konjunkturelle Bedeutung des Unternehmensgewinns rückt insbesondere in Zeiten abgeschwächter wirtschaftlicher Entwicklung verstärkt in das Blickfeld der Öffentlichkeit. In der vorliegenden Studie werden die kurzfristigen Determinanten des Unternehmensgewinns, d. h. die Faktoren, die seine Entwicklung im Konjunkturverlauf bestimmen, herausgearbeitet und analysiert. Nicht zuletzt wegen des umfangreichen empirischen Datenmaterials, das dieser Untersuchung zugrunde liegt, dürfte sie für den Wissenschaftler wie den Praktiker gleichermaßen von Interesse sein.

Großoktav, 336 Seiten, 1978, Preis brosch. DM 42,60

ISBN 3-87895-171-X

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G

ter absinkt, die Ausgaben für umsatzsteuerbefreite Waren und Dienstleistungen jedoch relativ wieder ansteigen.

Soziale Stellung

Um die spezifische Umsatzsteuerbelastung der privaten Haushalte nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstands zu ermitteln, war zunächst ein methodisches Problem zu lösen: Das durchschnittliche Einkommen der einzelnen Statusgruppen differiert laut EVS¹⁵⁾ sehr stark; so beträgt das ausgabefähige Einkommen eines Selbständigen monatlich im Schnitt 3952 DM, das eines Arbeiters dagegen nur 2129 DM und das eines Nichterwerbstätigen gar nur 1409 DM. Hieraus erwächst die Gefahr, daß die Unterschiedlichkeit der für die Höhe der Steuerlast bestimmenden Strukturelemente der Einkommensverwendung (so z. B. die Konsumquote, die zwischen 57,5 % bei Selbständigen und 80,4 % bei Nichterwerbstätigen schwankt) weniger auf der sozialen Stellung der Betroffenen als vielmehr auf deren Einkommensdifferenzen basiert. Um diesem Problem zu entgehen, mußten ausschließlich Statusgruppen *der gleichen Einkommensklasse* miteinander verglichen werden; hierfür wurde die Einkommensklasse 1800 bis unter 2500 DM ausgewählt, weil die EVS aufgrund der Stichprobendichte nur dort für alle Gruppierungen signifikante Werte ausweist¹⁶⁾.

Im Gegensatz zu den verschiedenen Einkommensklassen ist die Einkommensverwendung nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstands von gleichgerichteten Strukturelementen gekennzeichnet (siehe Tab. 2, Spalten 1–4): So paart sich bei den Selbständigen und z. T. auch bei den Nichterwerbstätigen im Gegensatz zu den Arbeitnehmergruppen eine vergleichsweise geringe Konsumquote mit einem relativ niedrigen Verbrauchsanteil an voll steuerpflichtigen Gütern¹⁷⁾. Hieraus resultiert eine deutlich niedrigere Umsatzsteuerbelastung beider Statusgruppen, vor allem aber der Selbständigen, und zwar weitgehend unabhängig von dem jeweils als Bezugsgröße verwandten Einkommenskonzept (siehe Tab. 2, Spalten 5–7)¹⁸⁾. Die Belastungsunterschiede innerhalb der Arbeitnehmerschaft, also zwischen Beamten, Angestellten und Arbeitern, fallen demgegenüber

kaum ins Gewicht. Berücksichtigt man die hohen Unterschiede der durchschnittlichen Einkommen zwischen der Gruppe der Selbständigen und der Arbeitnehmer in ihrer Gesamtheit, dann kumulieren sich die status- und einkommenshöhen-spezifischen Belastungselemente zu insgesamt noch höheren Lastverteilungsdiskrepanzen, als sie die Analyse innerhalb einer Einkommensklasse ausweist. Aus diesem Ergebnis kann also gefolgert werden, daß es sich bei der Umsatzsteuer um eine ausgesprochen *arbeitnehmerfeindliche* Steuer handelt.

Tabelle 2
Umsatzsteuerbelastung und soziale Stellung des Haushaltsvorstands

Soziale Stellung des Haushaltsvorstands ¹⁾	Struktur der Einkommensverwendung				Relative Umsatzsteuerbelastung ⁴⁾		
	Konsumquote ¹⁾	Verbrauchsanteile			des Bruttoeinkommens	des Nettoeinkommens ⁵⁾	des ausgabefähigen Einkommens ⁶⁾
		voll steuerpflichtiger Güter ³⁾	steuerermäßigter Güter ³⁾	steuerbefreiter Güter ³⁾			
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	
Selbständiger	73,8	54,8	24,2	21,0	4,8	5,4	5,3
Beamter	78,0	61,7	18,7	19,6	5,7	6,7	6,0
Angestellter	78,4	63,7	18,8	17,5	5,3	6,9	6,2
Arbeiter	79,1	61,9	22,0	16,1	5,1	6,7	6,2
Nichterwerbstätiger	76,9	58,2	20,4	21,4	5,5	6,1	5,7

¹⁾ Innerhalb der Einkommensklasse 1800 DM bis unter 2500 DM (mtl. Nettoeinkommen).

²⁾ – ⁴⁾ Siehe Anm. 2–6 zu Tab. 1.

Quelle: Siehe Tab. 1.

Haushaltstyp und Steuerlast

Auch bei der Ermittlung der Steuerlast nach Haushaltstypen¹⁹⁾ soll zunächst die Einkommenshöhe als intervenierende Variable neutralisiert werden. Das monatliche ausgabefähige Einkommen schwankt immerhin zwischen durchschnittlich 1032 D-Mark bei alleinstehenden Frauen und 3002 DM bei Ehepaaren mit 3 und mehr Kindern²⁰⁾; der Anteil der Verbrauchsausgaben am ausgabefähigen Einkommen liegt bei der totalen Durchschnittsbetrachtung mit höheren Werten für Ledigen- als für Verheiratetenhaushalte invers zu den Relationen in jeder einzelnen Einkommensklasse.

In der stichprobendichtesten und deshalb für die Analyse ausgewählten Einkommensklasse 1800 bis unter 2500 DM²¹⁾ steigt die Konsumquote mit zunehmender Haushaltsgröße an; allerdings flacht sich der Anstieg von Haushaltstyp C (Ehepaar mit 1 Kind) an mit zunehmender Kinderzahl stark ab,

¹⁵⁾ Siehe EVS 1973, Heft 4, S. 18. Landwirte wurden wegen der sektoralen Besonderheiten im Agrarbereich nicht in den Vergleich einbezogen.

¹⁶⁾ Vergleichende Berechnungen mit anderen Einkommensklassen von geringerer Stichprobendichte erbrachten graduelle Abweichungen, aber keine Modifikation der generellen Tendenz. Von den geringen Differenzen im Durchschnittseinkommen der einzelnen Statusgruppen innerhalb der gewählten Einkommensklasse gehen nur unbedeutende Verzerrungseffekte aus.

¹⁷⁾ Inwieweit es sich dabei um relativen Konsumverzicht oder um die Nutzung von stellungsspezifischen Möglichkeiten zur Steuerausweichung (z. B. Deklaration von Konsumauswendungen der privaten Lebensführung als Betriebsausgaben) handelt, kann aus dem vorliegenden empirischen Material nicht geschlossen werden.

¹⁸⁾ Der etwas aus dem Rahmen fallende Belastungswert des Bruttoeinkommens der Nichterwerbstätigen läßt sich auf das besonders niedrige Bruttoeinkommensniveau dieser Gruppe zurückführen und tangiert die generelle Ergebnisaussage nicht.

¹⁹⁾ In der EVS 1973 werden fünf Haushaltstypen unterschieden: Alleinstehende Frau, Ehepaar ohne Kind, Ehepaar mit 1 Kind, Ehepaar mit 2 Kindern, Ehepaar mit 3 und mehr Kindern. Wie eine ergänzende Berechnung ergab, können die Daten nach Haushaltstypen bei minimalen Abweichungen auch die in der EVS gesondert ausgewiesenen Werte für Haushaltsgrößen (1 Person, 2 Personen, 3 Personen, 4 Personen, 5 Personen und mehr) repräsentieren.

²⁰⁾ EVS 1973, Heft 4, S. 85.

²¹⁾ Siehe Anmerkung 16.

so daß sich der von der Konsumquote ausgehende Lasteffekt in größeren Familien nicht weiter verstärkt (siehe Tab. 3, Spalte 1). Auch die Konsumstruktur vermittelt mit wachsender Kinderzahl keine signifikant höheren Belastungswirkungen (siehe Tab. 3, Spalten 2–4); der mit steigender Haushaltsgröße zunächst wachsende Ausgabenanteil an voll umsatzsteuerpflichtigen Gütern sinkt oberhalb von Haushaltstyp C wieder ab.

Tabelle 3
Umsatzsteuerbelastung und Haushaltstyp

Haushaltstyp ¹⁾	Struktur der Einkommensverwendung				Relative Umsatzsteuerbelastung ⁴⁾		
	Konsumquote ²⁾	Verbrauchsanteile			des Bruttoeinkommens	des Nettoeinkommens ³⁾	des ausgabenfähigen Einkommens ⁵⁾
		voll steuerpflichtiger Güter ³⁾	steuerermäßigter Güter ³⁾	steuerbefreier Güter ³⁾			
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	
(A) alleinlebende Frau	72,2	62,3	14,2	23,5	4,9	6,0	5,4
(B) Ehepaar ohne Kind	76,1	64,0	17,8	18,2	5,2	6,4	6,0
(C) Ehepaar mit 1 Kind	79,2	62,9	20,3	16,8	5,3	6,8	6,2
(D) Ehepaar mit 2 Kindern	79,5	60,3	21,7	18,0	5,3	6,7	6,1
(E) Ehepaar mit 3 und mehr Kindern	81,0	56,8	25,3	17,9	5,4	6,6	6,1

¹⁾ Familienstand, Zahl der Kinder.

²⁾ – ⁴⁾ Siehe Tab. 1, Anm. 2–6.

Quelle: Siehe Tab. 1.

Prüft man den aus Konsumquote und Konsumstruktur zusammengeführten Lastverteilungseffekt in der Gesamtsicht (Tab. 3, Spalten 5–7), so verdienen zwei Ergebnisse Erwähnung, von denen das eine durchaus erwartet werden konnte, das andere angesichts der herrschenden Meinung aber erstaunt:

Ledigen- und (mit Einschränkungen) Verheiratetenhaushalte ohne Kinder werden unabhängig von der spezifischen Perspektive der einzelnen Einkommenskonzepte aus der Umsatzbesteuerung schwächer belastet als Familien mit Kindern, wofür in erster Linie ihre vergleichsweise niedrige Konsumquote verantwortlich ist; die haushaltstypspezifische Belastung steigt also von A nach C an. Die besonders schwache Belastung der Ein-Personen-Haushalte basiert zusätzlich auf einem bedeutend höheren Ausgabenanteil an umsatzsteuerbefreiten Gütern (Hauptbestimmungsfaktor: Ausgaben für Wohnungsmieten).

Die in der Öffentlichkeit weit verbreitete Meinung, daß die Familien mit vielen Kindern gezwungenermaßen mehr kaufen als Familien mit weniger oder gar keinen Kindern und damit auch relativ mehr zum Mehrwertsteueraufkommen beitragen²²⁾, muß stärker differenziert werden. In der Tat sind

²²⁾ Vgl. H. W. Kammann: Familienlastenausgleich – Je größer die Familie, desto geringer die Wirkung, in: Arbeit und Sozialpolitik, Heft 11/1977, S. 389.

Belastungsdifferenzen zwischen Haushalten mit Kindern und ohne Kinder zu verzeichnen. Die Umsatzsteuerlast trifft jedoch Familien mit vielen Kindern nicht härter als Familien mit wenigen Kindern: Die relative Bruttoeinkommensbelastung steigt zwischen den Haushaltstypen C und E nur noch um einen Zehntelprozentpunkt an, die Belastung des ausgabenfähigen und des Nettoeinkommens ermäßigt sich sogar um 0,1 bzw. 0,2 Prozentpunkte. Die Ursache für die gleichmäßigere Lastverteilung zwischen den Familien mit Kindern liegt darin, daß der steuerentlastende Effekt eines mit zunehmender Haushaltsgröße wachsenden Ausgabenanteils für Grundnahrungsmittel von Haushaltstyp C an von der nur noch schwach anziehenden Konsumquote nicht mehr überkompensiert werden kann; je größer der Haushalt, desto stärker dürften kostenmäßige Größendegressions-effekte Platz greifen.

Ergebnisse

Die aus dem Datenmaterial der jüngsten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe erstellten Lastverteilungsrechnungen widersprechen der in den letzten Jahren immer mehr Zustimmung findenden These von der gleichmäßigen Belastung aller privaten Haushalte durch die Umsatzsteuer. Unterstellt man die vollständige Überwälzung der Steuerschuld auf den Endverbraucher, dann ergibt sich allenfalls – mit Ausnahme der niedrigsten Einkommensklassen – von den unteren zu den mittleren Einkommensschichten eine in etwa proportionale, von den mittleren zu den oberen Einkommensklassen jedoch eine stark abnehmende Steuerlast; in bezug auf das Bruttoeinkommen ist der Belastungsverlauf sogar durchgängig regressiv. Darüber hinaus trifft die Umsatzsteuerlast die Arbeitnehmer härter als die Selbständigen und benachteiligt im interfamiliären Vergleich die Haushalte mit Kindern, wengleich die Höhe der Kinderzahl selbst belastungsneutral ist.

Für den Fall, daß in der Zukunft eine weitere Anhebung der Umsatzsteuersätze in Aussicht genommen wird²³⁾ – sei es, um Entlastungen im Bereich der direkten Steuern fiskalisch zu kompensieren, sei es zum Zwecke einer EG-Steuerharmonisierung –, bedarf es einer Umgestaltung des derzeitigen Besteuerungssystems und/oder gezielter Kompensationen über öffentliche Transferzahlungen, wenn Verteilungsnachteile für die unteren und mittleren Einkommensklassen, Arbeitnehmer und Familien mit Kindern vermieden werden sollen.

²³⁾ Siehe hierzu z. B. den Vorschlag der FDP, zur Finanzierung weiterer Erleichterungen im Bereich der direkten Steuern die Mehrwertsteuer erneut um mindestens einen Prozentpunkt zu erhöhen (Neue Steuerpläne gewinnen Kontur, Handelsblatt v. 15. 6. 1978), sowie die ähnlich intendierte Empfehlung des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Zur wirtschaftlichen Lage im Juni 1978, Sondergutachten v. 19. 6. 1978, S. 17, 23 f.).